

# Zwischen Deglobalisierung und Geoökonomie

## Editorial

Joachim Becker, Miriam Frauenlob und Oliver Prausmüller

„Neue Weichen für die Weltwirtschaft“ – so titelte vor mehr als fünf Jahren ein *Kurswechsel*, der sich den vermehrten außenwirtschaftlichen Turbulenzen widmete. Zweifels- ohne hat seither die konstatierte Fragmentierung der Weltwirtschaft nochmals zuge- nommen. Dafür sind heute wie damals die verschärften geoökonomischen Rivalitäten zwischen den USA und China ein wichtiger Treiber. Dazwischen liegen zugleich tiefe Einschnitte, die nicht absehbar waren. Die COVID-19-Krise hat Debatten zu Fragen wie Regionalisierung von Produktion, Grenzen des Exportismus, versorgungssicherer kri- tischer Infrastrukturen oder auch nachhaltigen Wertschöpfungsketten zuletzt eine drastische Wendung gegeben. Die zur Schau gestellte Krisen- und Störungsanfälligkeit brachte folglich die Agenda einer immer tiefer greifenden Außenhandelsliberalisierung in erheblichen Erklärungsnotstand. Bereits zuvor war sie z.B. durch die gescheiterten Verhandlungen zum neoliberalen Flaggschiffprojekt „TTIP“, dem umfassenden Frei- handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA, ins Stocken geraten. Darüber hinaus verschaffte das starke Mobilisierungsmoment der Klimabewegung Dis- kussionen über eine nachhaltige Ausrichtung der globalen Handels- und Investitions- ströme sowie eine Wirtschaft der kürzeren Wege zusätzlichen Auftrieb. Doch konnte dieses Gelegenheitsfenster für eine gehaltvolle, mit Fragen der sozial-ökologischen Transformation verknüpfte Auseinandersetzung über „Deglobalisierung gestalten“ hin- reichend genutzt werden? (vgl. Novy/Bärnthaler 2020, Schmalz 2022). Unmittelbar mehren sich die Anzeichen, dass stattdessen geoökonomische Konflikte und Macht- interessen zunehmend den Ton angeben.

Ausgangspunkt gleichnamiger Debatten ist der weit verbreitete Befund, dass die Welt- wirtschaft auf lange Sicht in eine Phase relativer Instabilität eingetreten ist und sich die Weltordnung „in flux“ befindet. Während die Auseinandersetzung zum Niedergang der globalen Führungsrolle der USA die Internationale Politische Ökonomie seit mehr als 40 Jahren bewegt, wird die gegenwärtige Krisenkonjunktur mit einer besonderen Stel- lung geoökonomisch ausgetragener Machtkonflikte in Verbindung gebracht (siehe im Überblick Babić/Dixon/Liu 2022 sowie historisch zur „hegemonic decline“-Debatte Cafruny 1990). Dabei liegen den deutlichen geoökonomischen Verschiebungen, die wir derzeit erleben, vor allem zwei grundlegende Veränderungsprozesse zugrunde. Einerseits wird derzeit aufgrund ökologischer Restriktionen die Energiematrix grundlegend ver- ändert, andererseits sehen sich die USA in ihrer hegemonialen Position vor allem durch den Aufstieg der VR China herausgefordert (Schmalz 2018). Bereits jetzt sind die USA in ihrer Rolle als internationaler Normsetzer eingeschränkt. Mit diesen Verschiebungen geht die Verschärfung internationaler Konflikte einher. Die USA reagieren auf ihre ab- nehmende internationale ökonomische Stärke mit Beschränkungen und Sanktionen, die oftmals mit Erfordernissen der „nationalen Sicherheit“ begründet werden. In diesem

Zusammenhang war etwa bereits vor der vollen Eskalation des Kriegs in der Ukraine von einer zunehmenden „Weaponization“ der Außenwirtschaftspolitik die Rede (Farrell/Newmann 2019, Galeotti 2023: 67 ff.). In manchen Handelsbeziehungen, allen voran zwischen den USA und China, zeigt sich als Konsequenz daraus eine vor allem aus geopolitischen und geoökonomischen Motiven vorangetriebene Deglobalisierung. Diese steht in starkem Kontrast zu vormaligen, insbesondere im Globalen Süden und in der globalisierungskritischen Bewegung artikulierten Vorstellungen für eine gegenhegemoniale Deglobalisierung. Diese drehten sich Anfang der 2000er-Jahre vor allem um Fragen wie etwa Ernährungssouveränität, den Ausbau einer gemischten Wirtschaft oder auch das Zurückdrängen der Macht transnationaler Konzerne. Diese Konjunktur der Deglobalisierungsdebatte war damals eng mit den Strategiediskussionen der globalisierungskritischen Bewegung und der transnationalen zivilgesellschaftlichen Bündnisarbeit in Weltsozialforen verwoben (Bello 2021, Brand 2005: 180 ff.). Angesichts dieser grundlegenden Verschiebungen spürt diese Kurswechsel-Ausgabe insbesondere den aktuellen Treibern und Widersprüchen einer Weltwirtschaft zwischen Deglobalisierung und Geoökonomisierung nach.

## **Der umkämpfte „Dekarbonisierungskonsens“ und seine geoökonomischen Folgen**

Die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem hohen Materialverbrauch und ihren enormen Abfällen, -wassern und -gasen hat zu einer Zuspitzung ökologischer Krisen wie Klimaerhitzung oder Zerstörung der biologischen Vielfalt geführt. Besondere Aufmerksamkeit erfährt hierbei derzeit die Klimaerhitzung. Es gibt konzertierte Initiativen zu einer Veränderung des Energiemixes weg von den fossilen Brennstoffen, die lange den Kernbrennstoff des kapitalistischen Motors stellten. Auch wenn die Abkehr von den fossilen Brennstoffen keineswegs als komplett anzusehen ist und das Tempo der Umstellung umstritten ist, gibt es einen „Dekarbonisierungskonsens“, wie ihn Breno Bringel und Maristella Svampa (2023) nennen. Wie weit dieser Konsens reicht, bleibt zugleich sehr umkämpft. So ist etwa die Verringerung des Energieverbrauchs davon nicht abgedeckt. Mit der Veränderung des Energiemixes und damit verbundenen Änderungen in weiteren Branchen (beispielsweise der Transportmittelindustrie) wandeln sich auch die Zusammensetzung der begehrten Rohstoffe und Muster der Landnutzung (z.B. Solarpaneele statt Nahrungsmittelanbau). Damit kommt es zu Veränderungen der „Inwertsetzung der Natur“ (Altvater 1987) und zum Wettlauf um die Kontrolle der Vorkommen der nun neu begehrten Rohstoffe (z.B. Lithium). Im Fall Lateinamerikas hat die Chefin des Süd-Kommandos der USA, Laura Richardson, bereits das strategische Interesse der USA an den lateinamerikanischen Rohstoffen deklariert (Bregel/Svampa 2023: 64, Faria in diesem Heft). Dies zeigt eine militärisch-politische Komponente dieses Wettlaufs an, in dem aber auch die EU-Staaten oder China manifeste Rohstoffinteressen haben. Diese „öko-imperialen Spannungen“ (Brand/Wissen i.E.) werden zudem durch intensiviertere Konflikte um kritische Technologien der Dekarbonisierung geschürt. Im Gegenzug haben durch diese verschärften Rivalitäten Vorschläge wie etwa aus dem Umfeld der UNCTAD, die sich angesichts der verschärften Klimakrise für verstärkte

internationale Kooperation und ein Aussetzen geistiger Eigentumsrechte für kritische „grüne“ Technologien aussprechen (als Bestandteil eines sog. „climate waiver“), wenig Chance auf Umsetzung (UNCTAD 2021).

## Veränderungen der globalen Kräfteverhältnisse

Auch in der internationalen Arbeitsteilung sind deutliche Verschiebungen zu erkennen, der Anteil der traditionellen Kernländer in Nordamerika, Westeuropa und Ostasien am globalen BIP und Export ist in den letzten drei Jahrzehnten gesunken. Für die USA – als bisherige Hegemonialmacht – gilt dies stärker für den Exportbereich als für die BIP-Anteile. Der Anteil der USA am internationalen BIP fiel von 1991 bis 2021 leicht von 25,9% auf 24,2%, bei den internationalen Exporten ging der US-Anteil von 13,3% auf 9,1% zurück. Die Anteile der EU-Länder und vor allem Japans am internationalen BIP und Export sind meist noch stärker zurückgegangen. Spektakuläre Anteilssteigerungen hatte in derselben Zeit die VR China zu verzeichnen – beim BIP eine Anteilssteigerung von 1,6% auf 18,4% und beim Weltexport von 1,2% auf 12,7% (Sablowski 2023: 66, Tab. 1). Noch deutlicher werden die Anteilsverschiebungen, wenn die BIP-Anteile unter Einberechnung der Kaufkraftparitäten berechnet werden. In diesem Fall lag China 2018 mit einem Anteil von 19% bereits vor den USA mit 15%, und auch Indien kam so schon auf einen Anteil von 8% (Aglietta/Valla 2021: 226). China hat speziell starke Fortschritte auf industriellem Gebiet – auch in Hochtechnologiesektoren – erzielt, während die USA nicht zuletzt durch Produktionsauslagerungen eine Deindustrialisierungsphase durchlaufen haben. Damit sehen sich die US-Konzerne auch in technologischen Schlüsselsektoren durch Firmen aus der VR China (teils auch aus anderen Ländern) konfrontiert (vgl. Aresu 2023). Auf industriell-technologischem Gebiet – nach wie vor Kern ökonomischer Vorherrschaft – ist die besondere Stellung der USA durch China infrage gestellt.

Weit stärker intakt ist die US-Hegemonie im monetären Bereich. Allerdings steht die Dominanz des US-Dollars auf einem erodierenden produktiven Fundament und damit hat sich auch der Bezug der USA zu den mit produktiven Aktivitäten verbundenen internationalen Zahlungsströmen vermindert (Aglietta/Valla 2021: 228). Der US-Dollar ist weiterhin die dominante Reservewährung, allerdings nahm der Anteil der US-Währung nach der großen Finanzkrise von mehr als 70% in den 2000er-Jahren um zehn Prozentpunkte auf 62% vor der COVID-19-Pandemie zugunsten des Euro und sehr begrenzt des Renminbi ab (Aglietta/Valla 2021: 262 f.). Der Renminbi, dessen Verkehr staatlichen Kontrollen unterliegt, ist allerdings noch weit vom Status einer internationalen Reservewährung entfernt und sein Anteil an den internationalen Devisenreserven lag 2019 bei nur etwa 2% (Aglietta/Valla 2023: 276). Die USA spielen eine zentrale Rolle in der monetären kritischen Infrastruktur, beispielsweise im SWIFT-Zahlungssystem. Hier ist die Ausbildung paralleler Zahlungssysteme noch in den Anfängen (vgl. Becker 2022: 57, Teurtrie 2021: 95).

Bei den internationalen Zwangsmitteln, also dem Militär, nehmen die USA aufgrund ihrer extrem hohen Militärausgaben (vgl. Wahl 2023) und ihres weltumspannenden

Netzes an Militärbasen eine Vorrangrolle ein. Allerdings weisen die großen militärischen Interventionen der USA, speziell im Nahen Osten, teils militärisch, teils und noch deutlicher politisch, eine sehr ambivalente Bilanz auf.

### „Innere“ Grenzen internationaler Hegemonieansprüche

Internationale Hegemonieansprüche können nicht losgelöst von der inneren Hegemoniefähigkeit der dominanten Kräfte in den jeweiligen nationalen Gesellschaftsformationen gesehen werden (vgl. Cox 1987: 149). Hier gestehen selbst Intellektuelle, wie D’Eramo (2022: 16 ff.), die der These eines Niedergangs der USA kritisch gegenüberstehen, Probleme ein. Das Akkumulationsregime der USA der letzten Jahrzehnte wirkte im Zuge von Finanzialisierung, Produktionsauslagerungen und Deindustrialisierung sozial stark desintegrativ. Ein wichtiger Indikator für die sozio-ökonomischen Verhältnisse ist die Lebenserwartung. Diese geht in den USA seit 2016 zurück (USA Facts 2023). Dies ist als Indikator einer schweren sozio-ökonomischen Krise zu sehen, ähnliches war in der späten Sowjetunion ein Indikator gravierender struktureller Probleme (vgl. Ghodsee/Orenstein 2021: 76). Die Bindungskraft der dominanten Kräfte „nach unten“ hat nachgelassen. Die dominanten Kräfte sind zudem selbst in verschärftem Konflikt – mit wiederholten Pattstellungen. Wenngleich es im Bestreben nach Bewahrung der internationalen Dominanz unter den herrschenden Kräften trotz taktischer Differenzen im Detail einen Konsens gibt, repräsentieren die beiden dominanten Parteien divergierende wirtschaftspolitische Vorstellungen – die Demokraten eher Finanzinteressen, den Gesundheitssektor und das digitale Kapital, die Republikaner den fossilen Energiesektor, Agrobusiness, Immobilien und Einzelhandelskonzerne (Karp 2023: 142 ff.). Ein Kerndissens betrifft die Frage einer Dekarbonisierung. Während die Republikaner unter dem Einfluss des fossilen Kapitals massiv auf der Bremse stehen, machte die Biden-Regierung die „grüne Industriepolitik“ zu einem Kernstück ihrer wachstumsorientierten Wirtschaftsstrategie (hierzu Battistoni/Mann 2023). Die Spaltungen und politischen Pattstellungen im dominanten Block beeinträchtigen inzwischen auch die internationale Politik der USA (vgl. Bischoff 2023).

Die VR China hat in den letzten Jahrzehnten eine beispiellos lange Phase hohen Wachstums erlebt, wobei das Akkumulationsregime und die etatistische geprägte Regulation mehrere Wandlungen durchlaufen haben. Sowohl auf die internationale Finanzkrise von 2008 ff. als auch folgende Krisen hat die chinesische Regierung mit starken Stimuli reagiert, die zu einem raschen Wachstum der Verschuldung geführt haben. Kreditfinanzierter Ausbau der Infrastruktur – inklusive eines forcierten Ausbaus erneuerbarer Energien – und Expansion des Immobiliensektors waren in den letzten Jahren wesentliche Wachstumsmotoren (vgl. Müller 2023: 141 ff.). Auch Infrastrukturprojekte im Ausland im Rahmen der Neuen Seidenstraße folgten einer ähnlichen Rationalität. Die Grenzen der Exportorientierung wurden schon vor Jahren deutlich (Séhier 2017). Die geopolitisch motivierte Sanktionspolitik der US-Regierung stellt die internationale wirtschaftliche Expansion vor zusätzliche Probleme. Auf die Grenzen der Exportorientierung reagierten Parteiführung und Regierung mit einer stärkeren Binnenorientierung

der Ökonomie. Auch hier scheinen – nicht zuletzt aufgrund hoher sozialer Ungleichheit, schwach ausgebauter Sozialstaatlichkeit und inzwischen beträchtlicher Verschuldung – sozio-ökonomische Grenzen erreicht (vgl. Müller 2023: Kap. 7). Die Konsensgewinnung der KP Chinas hat stark auf Wachstum, Armutsreduktion und steigendem Konsum beruht. Auch hier sind Grenzen und Erosionstendenzen erkennbar (vgl. Hoering 2023). Der Umgang mit der COVID-19-Pandemie, speziell die extrem abrupte Aufhebung der Restriktionen, hat zu einem Verlust an Konsens und an Vertrauen in den Parteienstaat geführt (vgl. Ownby 2023). Die Parteiführung hat mit einer gewissen Repolitisierung und vor allem einer Affirmation der Rolle der Partei (Sperber 2023: 51 ff.) sowie Zentralisierung und politisch Verhärtung reagiert. Damit zeigt auch die Hegemoniefähigkeit der dominanten Kräfte in China innere Grenzen. Das ist für die äußere Attraktivität nicht ohne Konsequenzen.

In ihrem Bestreben nach der Bewahrung ihrer eigenen Dominanz, aber auch jener der Staaten des globalen Nordens in der internationalen Ordnung erhalten die USA von der EU, aber auch Japan Rückhalt. Diese ordnen sich den USA auch zunehmend unter (vgl. den Beitrag von Becker in diesem Heft). Die Abhängigkeitsverhältnisse, die sich im Zuge dieser erneuerten Blockkonfrontation herausbilden, wurden mit Blick auf das USA-EU-Verhältnis zuletzt als „asymmetrischer Transatlantizismus“ gefasst: Dieser zeigt sich ansatzweise etwa in neu begründeten fossilen Abhängigkeiten von den USA (z.B. verstärkte Flüssiggas-Importe). Langfristig schwerer – insbesondere auch für das Exportmodell Deutschland und seine Automobilbranche – könnte zudem wiegen, wenn die USA den Druck auf ihre Verbündeten erhöhen, ihre Handelsbeziehungen mit China zu entkoppeln. Ein derartiges „Decoupling“ könnte im Gegenzug wiederum die Abhängigkeiten von der Wirtschaftsentwicklung in den USA erhöhen (Soltz 2022). Das verschärfte Konfliktgeschehen zwischen den USA und China wirft folglich auch handelspolitisch lange Schatten, wenn es um die jüngsten Bestrebungen der EU nach erhöhter „strategischer Autonomie“ geht. Dazu kommen die verschärften Konkurrenzbeziehungen und latenten Handelskonflikte mit den USA selbst, die sich gerade insbesondere in Bereichen „grüner“ Industriepolitik zeigen. Damit bleiben auch die jüngsten Versuche der EU, ihre eigenständige strategische Handlungsfähigkeit zu sichern, sehr widersprüchlich. Der Weg, dies durch eine Ausrichtung auf die geopolitische und -ökonomische Macht der USA zu tun, stößt in gegenwärtigen Krisenverschiebungen jedenfalls zunehmend an seine Grenzen (vgl. Lavery/Schmid 2021, Schneider 2023).

Die Regierungen des Globalen Südens pochen wiederum oftmals auch gegenüber China auf Eigenständigkeit und eine multi-, nicht bipolare internationale Ordnung (vgl. Becker und Faria in diesem Heft). Es deutet sich die Herausbildung eines „in der Geschichte einmaligen Bündnisses aus Staaten, deren gemeinsames Ziel die Abwehr der westlichen Übermacht sein wird“ (Rahr 2023: 111), an. Mithin geht es um mehr und auch anderes als die Konkurrenz zwischen den USA und China auf der internationalen Ebene: um eine neue Wendung und Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts im Kontext einer raschen Verschärfung sozio-ökologischer Probleme.

## Wirtschaftswaffen

Umbruchsituationen in der Hegemonialkonstellation waren historisch oft, aber nicht immer mit großen Kriegen verbunden. Auch aktuell sind Kriege zu beobachten, die, wie der Krieg in der Ukraine, auch mit Konflikten um die Stellung in der internationalen Ordnung zu tun haben. Die Spannungen um China, speziell Taiwan (mit seinen strategischen Chip-Fabriken), haben deutlich zugenommen. Die USA haben eine Bündnis- und Aufrüstungspolitik im Ostpazifikraum entwickelt, die gegen China gerichtet ist (Kronauer 2023). Auch die VR China rüstet auf.

Das Übergreifen einer militärischen und zunehmend geopolitischen Handlungslogik ist aber auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen erkennbar. In diesem Zusammenhang ist bereits seit längerem der Begriff der „Weaponization“ (Farrell/Newmann 2019, Galeotti 2023) in Umlauf. Auf wirtschaftlichem Gebiet werden gezielte Wirtschaftsrestriktionen, oft in der Form, von Sanktionen ergriffen, um konkurrierende Mächte zu schwächen. Als ökonomisch noch dominante Macht können die USA wirtschaftliche Restriktionen mit besonderer Wirksamkeit einsetzen. Zentrale, hierfür wichtige Institutionen schufen die USA hierfür noch während des 2. Weltkrieges. Im Kalten Krieg – der Systemkonkurrenz mit den staatssozialistischen Ländern – wurden diese Institutionen und ihr Instrumentarium weiter ausgebaut (vgl. Aresu 2023: 93 ff.). Die USA setzten dieses Instrumentarium unter Berufung auf die nationale Sicherheit, aber auch gegenüber politischen Alliierten und deren Firmen in technologischen Schlüssel-sektoren ein. Ein Beispiel dafür sind die extrem hohen Strafzölle gegen Japan im Jahr 1987, bei denen es darum ging, führende japanische Firmen in der Chip-Industrie zu schwächen (Aresu 2023: 20 f.). Derzeit setzt die US-Regierung einerseits scharfe Beschränkungen, speziell im Bereich der Chip-Industrie, gegenüber der als sowohl politischen wie auch als ökonomischen Konkurrentin eingeschätzten VR China (vgl. Müller 2023: 35 ff.). Andererseits werden im Bereich der grünen Transformation auch Protektionsmaßnahmen gegenüber Konkurrenten aus den politisch alliierten westlichen Ländern gesetzt. In anderen Fällen geht es den USA bei Sanktionen primär um die Schwächung politisch unbotmäßiger Staaten (z.B. Kuba, Iran, Nordkorea). Sanktionen werden primär von den Staaten des Nordens, in besonderem Maße den USA, verhängt, und sie richten sich primär gegen Staaten des Globalen Südens (vgl. Becker in diesem Heft). Die Staaten des Nordens nutzen hierbei die ökonomische Machtasymmetrie aus. Gegenüber China sind die Machtverhältnisse allerdings ambivalenter – und China hat begonnen seinerseits Gegensanktionen zu verhängen.

## Geopolitisch motivierte Deglobalisierung

Auch abseits der gegenwärtigen Sanktionspolitik steht eine zunehmende geoökonomische Fragmentierung im Raum (IMF 2023a). In diesem Zusammenhang wird davon ausgegangen, dass die Globalisierung ihren Höhepunkt rund um die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 erreicht hat. Der Summe die Importe und Exporte am globalen BIP haben hat rund um diese Zeit ihren Höhepunkt erreicht. Der IWF nennt die Phase seit

dieser Krise in Anlehnung an einen Artikel im Economist „Slowbalization“ (IMF 2023b). Schon die Coronakrise hat Debatten über „Nearshoring“, also die Rückverlagerung von Güterketten, befeuert. Die Lockdowns zeigten schnell die Schwachstellen von zuvor als effizient geglaubten Produktionsmodellen und Konzepten wie Just-in-Time Produktion auf (Butollo/Staritz 2022, Raza/Madner/et al 2021).

Vor allem durch den Krieg in der Ukraine hat die Debatte über Globalisierung und Deglobalisierung eine fundamentale geopolitische Wendung erfahren. Führende Politiker:innen sahen die Risiken der Globalisierung nun in der politischen Sphäre. Infolge ist das Credo vom „Wandel durch Handel“ insbesondere angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in die Defensive geraten. Im Gegenzug wurde neben Nearshoring vermehrt Vorschläge für ein vermehrtes „Friendshoring“ lanciert, also dem bevorzugten Handel mit politischen Partner:innen. Es dauerte jedoch nicht lange, bis sich zeigte, dass es beim „Friendshoring“ weniger um Menschenrechte gehe, sondern dieses eher in Richtung einer Rückkehr zur Blockbildung zwischen Ost und West weist (Thieme 2022). Aber auch abseits des Kriegs in der Ukraine zeigt sich, dass die verstärkte geopolitische Konkurrenz zu einem Umdenken in der Handelspolitik geführt hat. Viele der von Donald Trump beschlossenen protektionistischen Politiken ließ sein Nachfolger Joe Biden bestehen, und auch zentrale Elemente in der amerikanischen, sowie der europäischen Industriestrategie lassen sich im Kontext von globaler Konkurrenz um Marktanteile in kritischen Zukunftstechnologien verstehen. Die Abkehr der USA von einer offensiven Liberalisierungspolitik ist zugleich von einer widersprüchlichen Kräftekonstellation hinter Biden „im Inneren“ getragen, in der die US-Gewerkschaften auch außenwirtschaftspolitisch an Einfluss gewonnen haben (Lynch 2023). Auch unter diesen Gesichtspunkten zeichnet sich ab, dass sich die Krise der Globalisierung in den nächsten Jahren nochmals vertiefen wird.

### **Frühe Debatten über eine emanzipatorische Deglobalisierung und über eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung**

In den 1970er-Jahren hatten Debatten über Deglobalisierung im Umfeld der Dependenz- und Weltsystemtheorie eine ganz andere Stoßrichtung. Es ging um eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaftsmodelle in der (Semi-)Peripherie. So plädierte Samir Amin für eine „autozentrierte“ Entwicklung, in deren Mittelpunkt die binnenorientierten Sektoren und der Aufbau miteinander verbundenen Kapitalgüter- und Massenkonsumgüterindustrien stehen sollte. Es ging vor allem um die lokale Produktion von Gütern für den Grundbedarf – und die dafür notwendigen Maschinen (Amin 1977: 80 ff., Amin 1979: 330 ff.). Es ging nicht um die Gewinnung von Autarkie, sehr wohl aber um gezielte Strukturpolitiken und Protektion (vgl. Bello 2021: 101 ff.).

In abgeschwächter Form fand sich der Gedanke von Self-reliance – verstanden als selbständige Entwicklung – auch in der Programmatik von Parteien und Regierungen in der Semi-Peripherie. So plädierte die Tanganyika African National Union (TANU) in Tansania für eine Verbindung von afrikanischem Sozialismus – mit einem Akzent auf

gemeinschaftlicher agrarischer Produktion – und Self-reliance (auf Swahili: Kujitegemea) mit einer Stärkung der einheimischen Produktion. Sie thematisierte dabei aber auch die Schwierigkeiten größerer Eigenständigkeit zum Beispiel auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung (TANU 1976: 84 ff.). In der Praxis war allerdings, wie linke Kritiker an der Universität von Dar es Salaam damals feststellten, eher eine Vertiefung externer Abhängigkeit festzustellen, die mit spezifischen Klasseninteressen zusammenhing (Shivji et al. 1976).

Der damalige tansanische Staatspräsident Julius Nyerere sah eine Politik selbständiger Entwicklung nicht in Isolierung, sondern plädierte dafür, die politische Blockfreiheit mit einer Politik der ökonomischen Kooperation unter den Blockfreien Staaten zu ergänzen (Nyerere 1973: 168). Tatsächlich trieben hauptsächlich die Blockfreien Staaten in internationalen Gremien, speziell der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die Agenda einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung voran. Diese sollte einerseits größere Spielräume für ökonomische Souveränität (beispielsweise bei Nationalisierungen) bieten und andererseits eine zugunsten der Entwicklungsländer asymmetrische regulierte Liberalisierung in die Wege leiten, bei der es auch Stabilisierungsmechanismen für die Rohstoffpreise gäbe (vgl. Getachew 2022: 286 ff.). Damit sah das Konzept einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung zwar substanzielle institutionelle Reformen weltwirtschaftlicher Regulierungen vor, war aber statt auf autozentrierte Entwicklung eher auf eine vertiefte Weltmarktintegration mit veränderten Modalitäten orientiert. Es wurde daher von Vertreter:innen einer autozentrierten Entwicklung auch als unzureichend kritisiert (Amin 1979: 327 ff.). Den Staaten des Globalen Nordens gingen allerdings die Reformvorschläge der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung schon viel zu weit, und sie brachten das Projekt durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) während der Verschuldungskrise der Dritten Welt in den 1980er-Jahren zu Fall (Getachew 2022: 326 ff.).

### **Aktuelle Debatten über emanzipatorisch-grüne Deglobalisierung und eine multipolare internationale Ordnung**

Die neoliberale Gegenoffensive stoppte nicht nur linke Entwicklungsansätze auf nationalstaatlicher Ebene (dies auch teils gewaltsam wie bei Putsch gegen die Regierung der Unidad Popular in Chile 1973) und die Initiative für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, sondern drängte auch linke Debatten um autozentrierte Entwicklung und Deglobalisierung an die Ränder. Völlig verstummte die Debatte aber nicht. Mit dem Entstehen einer globalisierungskritischen Bewegung in den späten 1990er Jahren, aber auch dem Aufkommen verstärkter sozial-ökologischer Bewegungen im Globalen Süden wurden frühere Debattenfäden in einem veränderten Kontext und teils auch neuen Schwerpunktsetzungen wieder aufgegriffen (Brand 2005, Fischer 2017). Partiiell gab es auch personelle Kontinuitäten, darunter auch Amin, der für eine aktualisierte Form der autozentrierten Entwicklung mit stark regulierten Direktinvestitionen und einer starken Betonung der Ernährungssouveränität eintrat (Amin 2017: 42 ff.). Eine

deutliche neue Akzentsetzung erfolgte mit der Verbindung von Deglobalisierung, Autozentrierung und einer ökologischen Restrukturierung (vgl. Bello 2021: 106 ff., Gudynas 2015: 417 ff.). Die Autozentrierung wird hierbei zum Teil explizit regional und nicht nationalstaatlich gefasst (z.B. Gudynas 2002).

Etwas ähnlich wie in den 1970er Jahren artikulieren Staaten des Globalen Südens ihre Forderungen nach größerer Eigenständigkeit und einer Reform internationaler Organisationen. Dies schlägt sich in der Forderung nach einer multipolaren Ordnung nieder. Im Rahmen einer solchen Orientierung drücken wichtige politische Repräsentant:innen des Globalen Südens, wie der brasilianische außenpolitische Präsidentenberater Celso Amorim (2022), auch den Wunsch aus, dass sich die EU-Staaten wieder eigenständiger positionieren sollten. Eine große Gruppe unter den Staaten des Globalen Südens verbindet, ganz in der Tradition der Blockfreienbewegung in den Jahren des Kalten Krieges, die Forderung nach Multipolarität mit dem Bestreben nach friedlicher Koexistenz (vgl. den Beitrag von Becker in diesem Heft).

Faria hebt in seinem Beitrag hervor, dass eine längerfristig angelegte multipolare Ordnung für die Moderne eine ganz neue Konstellation wäre. Sie erforderte aus seiner Sicht auch veränderte sozio-ökonomische und sozio-ökologischer Verhältnisse. Hier hat die BRICS-Gruppe, die in den Debatten über eine veränderte internationale Ordnung auf Seite des Globalen Südens eine besonders hervorgehobene Rolle spielt, in ihren jüngsten Erklärungen „kein alternatives Wirtschaftsmodell“ anzubieten, wie Martine Bulard (2023: 11) in ihrer Analyse in *Le Monde diplomatique* hervorhebt. Progressive sozio-ökonomische Akzentsetzungen sind unter den BRICS-Ländern nur vereinzelt, vor allem in Brasilien, festzustellen. Sie ist gleich um drei Staaten (Saudi-Arabien, Iran, Vereinigte Arabische Emirate) mit sehr ausgeprägt fossil geprägtem Entwicklungsmodell erweitert worden. Manche Analytiker:innen, wie Faria, setzen Transformationshoffnung aufgrund von den Transformationsversprechen der KP Chinas und deren größeren Steuerungsfähigkeit des chinesischen Parteienstaates auf China. Köncke weist hingegen in seinem Beitrag auf die zunehmende Wettbewerbsorientierung und Vermarktlichung in der chinesischen Wirtschaftsstrategie hin. In ökologischer Hinsicht sind die Politiken der VR China konzeptionell „praktisch fast identisch mit jenen der westlichen kapitalistischen Länder“, wie Vrečko Ilc (2023: 326) hervorhebt. Damit beruht die Forderung nach Multipolarität nicht auf soliden sozio-ökonomischen und -ökologischen Alternativkonzeptionen.

Trotzdem könnte gerade angesichts der eskalierenden militärischen Konflikte das Streben nach einer multipolaren Ordnung, der Neubelebung internationaler Kooperation und die solidarische Entwicklung von globalen öffentlichen Gütern (wie etwa für kritische Gesundheitstechnologien von Ländern des Globalen Südens während der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gefordert, vgl. Correa 2021) einen wichtigen politischen Ausgangspunkt auch für linke Kräfte im Globalen Norden bieten. Eine De-Eskalation bei der militärischen Konfrontation ist eine Voraussetzung für Verhandlungen über neue internationale ökologische Weichenstellungen auf globaler Ebene. Gleichzeitig müssen grundlegende Änderungen des Wirtschaftsmodells über ein technokratisch verengtes Verständnis von Dekarbonisierung hinausweisen. Dafür sind deutlich

weitergehende Schritte, welche den Ressourcenverbrauch nachhaltig reduzieren und die Ressourcennutzung gesellschaftlich gerecht umverteilen, nötig. Sowohl die Konkurrenz um Ressourcen als auch die Verschärfung der Klimaerhitzung mit weitreichenden sozialen Folgen befördern militärische Konflikte. Ein qualitativ anderer Umgang mit ökologischen Fragen würde insofern auch ein Mittel der Kriegsprävention sein. Um weiter reichende Transformationen zu erreichen, müssten soziale Bewegungen mehr Druck auf Parteien und die verschiedenen Ebenen der Staatlichkeit aufbauen.

## Die Beiträge im Überblick

Die Frage der grünen Wende thematisiert Luisa Leisenheimer in ihrem Beitrag über die Lithiumpreisbildung in Chile. Ausgehend von der gestiegenen Nachfrage nach kritischen Mineralien, die vor allem für Batterien und somit für Elektromobilität unumgänglich sind, stellt sie die globalen Konsequenzen des „Dekarbonisierungskonsens“ in den Vordergrund. Basierend auf eigener Feldforschung, zeigt sie die Machtverhältnisse im Lithiumsektor in Chile auf und kritisiert die undemokratische Bestimmung von Lithiumpreisen. Darauf aufbauend plädiert sie für alternative, demokratischere Zugänge zur Bepreisung von kritischen Mineralien, sodass die grüne Wende nicht auf Kosten ohnehin schon marginalisierter Gruppen und Gesellschaften geschieht.

Die Frage der Macht über kritische Technologie und Infrastrukturen prägt wiederum aktuelle Debatten über sog. „Investitionskontrollen“. Immer mehr Regierungen zeigen eine erhöhte Wachsamkeit dafür, Aufkäufe in Bereichen wie etwa Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikation oder zuletzt auch im Gesundheitswesen besser kontrollieren zu können. Mit den Worten „Wir sind keine naiven Freihändler“ kündigte z.B. im Jahr 2017 der damalige Kommissionpräsident Juncker eine strengere Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen an. Der damalige, enge Fokus auf chinesische Investoren und sicherheitspolitisch aufgeladene Begründungen stieß jedoch nicht zuletzt in der COVID-19-Krise an seine Grenzen. Zudem zeigt sich, dass die Versicherheitlichung von Investitionskontrollen das Abschirmen wirtschaftspolitischer Entscheidungen von öffentlichen Interessen fördert. Vor diesem Hintergrund geht Oliver Prausmüller in seinem Beitrag den Grenzen und Widersprüchen des geoökonomisierten Staatsinterventionismus nach.

Während in geoökonomischen Auseinandersetzungen „China“ omnipräsent ist, verbleiben die konkreteren Parteistaat-Kapitalverhältnisse und Steuerungsmechanismen oft in einer Blackbox. Der Beitrag von Philipp Köncke nimmt hingegen das Argument einer „doppelten Konvergenzdynamik“ als Ausgangspunkt dafür, weitreichende Reorganisationsprozesse ökonomischer Staatstätigkeit herauszuarbeiten. Demnach passen sich gegenwärtig nicht nur westliche Kapitalismusmodelle dem chinesischen Kapitalismus an, indem sie ihre staatliche Steuerungsfähigkeit ausbauen (sog. „Rückkehr des Staates“). Im Gegenzug gibt es auch eine Anpassungsbewegung des chinesischen Kapitalismus an westliche Modelle, die sich in einer zunehmenden Vermarktlichung und Ökonomisierung parteistaatlicher Steuerung äußert. Für diese Reformen spielen geoökonomi-

schen Erwägungen wie etwa das technologische Upgrading der inländischen Produktionsstrukturen und das „Fitmachen“ chinesischer High-Tech-Unternehmen für den Weltmarkt eine wichtige Rolle. Angesichts der so nochmals intensivierten Konkurrenzbeziehungen sei auch erwarten, dass die Politisierung des „neuen Systemwettbewerbs“ weiter angeheizt wird.

Der brasilianische Ökonom Luiz A. Estrella Faria setzt sich in seinem Beitrag mit dem Bestreben von Ländern des Globalen Südens, speziell mit Brasilien, auseinander. Er stellt dieses Bestreben in den theoretischen Rahmen von sich ablösenden internationalen Hegemonialzyklen der Weltsystemtheorie. Für die derzeitige Situation diagnostiziert er eine tiefe Krise der US-Hegemonie, aber auch der 500-jährigen westlichen Dominanz. Die dauerhafte Etablierung einer multipolaren Ordnung wäre für die Moderne eine komplette Novität. Hierfür hält er auch sozio-ökonomische und sozio-ökologische Transformationen für erforderlich, die auch die systemische ökologische Krise des Kapitalismus angängen. Deren Möglichkeiten erörtert er abschließend.

Auch Joachim Becker stellt den Krieg in der Ukraine und die Sanktionsdebatte in den Kontext infrage gestellter US-Hegemonie und westlicher Dominanz. Er arbeitet divergierende Konzeptionen für die internationale Ordnung, unterschiedliche Diagnosen über die Konflikt- und Kriegsursachen sowie unterschiedliche unmittelbare wirtschaftliche Folgewirkungen der westlichen Sanktionspolitik als wesentliche Faktoren für die unterschiedlichen Positionierungen in der Sanktionsfrage zwischen Nord und Süd heraus. Er macht allerdings auch deutlich, dass im Globalen Süden – trotz Ablehnung der westlichen Sanktionspolitik – kritische Haltungen zum russischen Angriff auf die Ukraine vorherrschen. Von dort sind auch die sichtbarsten Initiativen zu einer De-Eskalation des Konfliktes ausgegangen.

## Literatur

- Aglietta, Michel/Valla, Natacha (2021): *Le futur de la monnaie*. Paris.
- Altwater, Elmar (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*. Hamburg.
- Amin, Samir (1977, 2. Aufl.): *Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft*. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Entwicklung*. Frankfurt a.M., 71–97.
- Amin, Samir (1979): „Self-reliance“ und die Neue Internationale Wirtschaftsordnung. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*. Frankfurt a.M., 317–336.
- Amin, Samir (2017): *La souveraineté au service des peuples. Suivi de: L'agriculture paysanne, la voie de l'avenir!* Genf.
- Amorim, Celso (2022): *América del Sur en la nueva geopolítica global*. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 301, 82–92.
- Aresu, Alessandro (2023, 2. Aufl.): *Il dominio del XXI secolo. Cina, Stati Uniti e la guerra invisibile sulla tecnologia*. Mailand.
- Babić, Milan/Dixon, Adam D./Liu, Imogen T. (2022): *Geoeconomics in a changing global order*. In: dies. (Hg.): *The political economy of geoeconomics: Europe in a changing world*. London, 1–27.
- Battistoni, Alyssa/Mann, Geoff (2023): *Climate Bidenomics*. In: *New Left Review*, Nr. 143 ([www.newleftreview.org/issues/ii143/articles/alyssa-battistoni-geoff-mann-climate-bidenomics](http://www.newleftreview.org/issues/ii143/articles/alyssa-battistoni-geoff-mann-climate-bidenomics); 31.10.2023).

- Becker, Joachim (2022): Westliche Sanktionspolitik gegenüber Russland – Reaktionen und Gegenreaktionen. In: *isw: Bilanz 2022 – Ausblick 2023. Fakten & Argumente zur wirtschaftlichen Situation in der Krise*. *isw-wirtschaftsinfo* 62. München, 55–63.
- Bello, Walden (2021): Deglobalisierung – Zwanzig Jahre später (Zur Diskussion). In: *Peripherie*, 41(161), 94–113.
- Bischoff, Joachim (2023): Weltmacht USA in der Sackgasse. In: *Sozialismus.de*, Nr. 11, 28–34.
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg.
- Brand, Ulrich/Wissen Markus (i.E.): *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven*. München.
- Bringel, Breno/Svampa, Maristella (2023): Del „Consenso de los Commodities” al “Consenso de la Descarbonización”. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 306, 51–70.
- Bulard, Martine (2023): Quand le Sud s’affirme. In: *Le Monde diplomatique*, 70/835, 1, 11.
- Butollo, Florian/Staritz, Cornelia (2022): Deglobalisierung, Rekonfiguration oder Business as Usual? COVID-19 und die Grenzen der Rückverlagerung globalisierter Produktion. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 32/3, 393–425.
- Cafruny, Alan (1990): The Gramscian Concept of Declining Hegemony: Stages of US Power and the Evolution of International Economic Relations. In: Rapkin, David (Hg.): *World Leadership and Hegemony, International Political Economy Yearbook*, Vol. 5, Boulder/Colorado, 97–118.
- Correa, Carlos (2021): Expanding the production of COVID-19 vaccines to reach developing countries (<https://www.southcentre.int/wp-content/uploads/2021/04/PB-92.pdf>, 11.11.2023)
- Cox, Robert W. (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*. New York.
- D’Eramo, Marco (2022): American Decline? In: *New Left Review*, Nr. 135, 5–21.
- Farrell, Henry/Newman, Abraham L. (2019): Weaponized Interdependence: How Global Economic Networks Shape State Coercion. In: *International Security*, 44/1, 42–79.
- Fischer, Karin (2017): *Bewegung macht Geschichte revisited. Progressive Strategien gegen Globalisierung*. In: *Kurswechsel*, 3/2017, 79–86.
- Galeotti, Mark (2023): *The Weaponisation of Everything. A Field Guide to the New Way of War*. New Haven/London.
- Getachew, Adom (2022): *Die Welt nach den Imperien. Aufstieg und Niedergang der postkolonialen Selbstbestimmung*. Berlin.
- Ghodsee, Kristen/Orenstein, Mitchell A. (2021): *Taking Stock of Shock. Social Consequences of the 1989 Revolutions*. Oxford.
- Gudynas, Eduardo (2002): El concepto de Regionalismo Autónomo y el desarrollo sustentable en el Cono Sur. In: Gudynas, Eduardo (Hg.): *Sustentabilidad y regionalismo en el Cono Sur*. Montevideo, 177–211.
- Gudynas, Eduardo (2015): *Extractivismos. Ecología, economía y política de un modo de entender el desarrollo y la Naturaleza*. Cochabamba.
- Hoering, Johannes (2023): Thinking the Unthinkable. The Political Philosophy of Ci Jiwei. In: *New Left Review*, Nr. 143 ([www.newleftreview.org/issues/iii143/articles/johannes-hoering-thinking-the-unthinkable](http://www.newleftreview.org/issues/iii143/articles/johannes-hoering-thinking-the-unthinkable); 31.10.2023).
- IMF (2023a): *Geoeconomic Fragmentation and the Future of Multilateralism* (<https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2023/01/11/Geo-Economic-Fragmentation-and-the-Future-of-Multilateralism-527266>; 11.11.2023)
- IMF (2023b): *Picture this: Globalization’s Peak* (<https://www.imf.org/en/Publications/fandd/issues/2023/06/PT-globalization-peak-Stanley>; 12.11.2023).
- Karp, Matthew (2023): Party and Class in American Politics. Reply to Riley and Brenner’s “Seven Theses”. In: *New Left Review*, Nr. 139, 131–144.
- Kronauer, Jörg (2023): Aufmarsch gegen China. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 134, 38–46.
- Lavery, Scott/Schmid, Davide (2021): European Integration and the New Global Disorder. In: *Journal of Common Market Studies*, 59/5, 1322–1338.
- Lynch, David (2023): Biden’s course for U.S. on trade breaks with Clinton and Obama (<https://www.washingtonpost.com/business/2023/08/27/biden-trade-trump/>; 8.11.2023)
- Müller, Wolfgang (2023): China: neuer Hauptfeind des Westens. Nach 100 Jahren Erniedrigung will das Land der Welt auf Augenhöhe begegnen. Hamburg.
- Nyerere, Julius K. (1973): *Developing Tasks of Non-Alignment*. In: Nyerere, Julius K.: *Freedom and Development/Uhuru na Maendeleo*. Dar es Salaam u.a.O., 159–172.
- Novy, Andreas/Bärnthaler, Richard (2020): *Globalisierung und Deglobalisierung gestalten*, (<https://www.derstandard.at/story/2000117959739/globalisierung-und-deglobalisierung-gestalten>; 8.11.2023)

- Ownby, David (2023): À la recherche du rêve chinois. In: *Le Monde diplomatique*, 70(835), 10.
- Rahr, Alexander (2023): Geoökonomische Neuvermessung der Welt. In: *Welttrends*, Nr. 198, 110–112.
- Raza, Werner/Madner, Verena/Grohs, Hannes/Grumiller, Jan/Mayr, Stefan/Sauca, Iryna (2021): Assessing the opportunities and limits of a regionalization of economic activity, Final Report Work Package 1 (<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16166392>; 27.10.2023)
- Sablowski, Thomas (2023): Von der amerikanisch-chinesischen Rivalität zur De-Globalisierung? In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 13, 65–78.
- Séhier, Clément (2017): Le gouvernement chinois peut-il réorienter le régime d'accumulation? Une analyse au prisme des transformations du rapport salarial. In: *Revue de la régulation*, 21(1) (<https://journals.openedition.org/regulation/12241>; 31.10.2023).
- Schmalz, Stefan (2022): Soziologie der Deglobalisierung – Editorial. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 32/3, 349–361.
- Schmalz, Stefan (2018): *Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise*. Frankfurt a.M./New York.
- Schneider, Etienne (2023): *Neue deutsche Europapolitik. Währungsunion und Industriepolitik zwischen Eurokrise und geopolitischer Wende*, Frankfurt a.M./New York.
- Shivji, Issa et al. (1976): *The Silent Class Struggle*. Dar es Salaam.
- Soly, Ingar (2022): Auf dem Weg in die neue Blockkonfrontation (<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/auf-dem-weg-in-eine-neue-blockkonfrontation/>; 9.11.2023)
- Sperber, Nathan (2023): Party and State in China. Beyond the Soviet Model. In: *New Left Review*, Nr. 142, 29–53.
- TANU (1976): *Die Entschließung von Arusha und Die Politik der TANU bezüglich Sozialismus und Selbständigkeit*. In: Nyerere, Julius K.: *Afrikanischer Sozialismus*. Mit einer Einleitung von Gerhard Grohs. Stuttgart, 81–98.
- Teurtrie, David (2021): *Russie. Le retour de la puissance*. Paris.
- Thieme, Sebastian (2022): Wertebasierter Handel, handelskonforme Werte? In: *Neues Deutschland* (<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164127.wertebasierte-handelspolitik-wertebasierter-handel-handelskonforme-werte.html>; 12.11.2023).
- USA Facts (2023): *Life Expectancy*. (<https://usafacts.org/metrics/life-expectancy/>; 31.10.2023).
- UNCTAD (2021): *Trade and Development Report* ([https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2021\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2021_en.pdf); 11.11.2023)
- Vrečko Ilc, Blaž (2023): The Ambivalences and Contradictions of China's Politico-Economic System and Its Relationship with the US-Led Global Order. In: Hočevár, Marko/Rutar, Tibor/Lovec, Marko (Hg.): *The Neoliberal World Order in Crisis and Beyond: An East European Perspective*. Ljubljana, 291–332.
- Wahl, Peter (2023): Die internationale Vergleichbarkeit von Militärausgaben und der Big-Mac-Index. In: *Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung*, Nr. 135, 51–57.